L 7 AS 18/05

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	7b
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Prozesskostenhilfe und Rechtsschutzversicherung
Leitsätze	Zur Gewährung von Prozesskostenhilfe bei Vorhandensein einer Rechtsschutzversicherung mit Selbstbeteiligung.
Normenkette	SGG § 73a Abs 1 S 1 ZPO § 115 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 18/05
Datum	29.06.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	L 7 AS 18/05
Datum	20.01.2006

3. Instanz

Datum	14.06.2006
-------	------------

1. Dem KlÄger wird fÄr das Verfahren der Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts vom 20. Januar 2006 â L 7 AS 18/05 â Prozesskostenhilfe bewilligt und Rechtsanwalt Dieter J beigeordnet.

2. Die VergÄtung von Rechtsanwalt Dieter J wird unter BerÄcksichtigung der Rechtsschutzversicherung des KlÄgers bis zum Betrag von 153 EUR Äbernommen.

GrÄnde:

Der KlÄger ist rechtsschutzversichert. Die Rechtsschutzversicherung hat die ErklÄrung abgegeben, die Kosten des Verfahrens der Nichtzulassungsbeschwerde mit Ausnahme einer Selbstbeteiligung von 153 EUR zu Äbernehmen.

Rechtsanwalt J , dessen Beiordnung der KlÄger beantragt, hat den Antrag auf GewÄhrung von Prozesskostenhilfe (PKH) auf die Äbernahme der vom KlÄger zu tragenden Selbstbeteiligung in HÄhe von 153 EUR beschrÄnkt, weil dieser nicht in der Lage sei, die Selbstbeteiligung aus eigenen Mitteln aufzubringen. Mit der von ihm vorgelegten ErklÄrung Äber seine Einkommens- und VermÄgensverhÄltnisse hat der KlÄger dies nachgewiesen.

Eine Rechtsschutzversicherung ist iS des [Ä 115 Abs 3](#) Zivilprozessordnung (ZPO) als Bestandteil des VermÄgens vorrangig einzusetzen, um die Kosten eines Rechtsstreits zu bestreiten (vgl Bundessozialgericht (BSG), Beschluss vom 17. August 1998 â B [14 KG 13/98](#) R; BSG [SozR 3-1500 Ä 73a Nr 4](#)). Soweit die Deckungssumme der Versicherung allerdings nicht ausreicht, bleibt der KlÄger hilfbedÄrftig (vgl ZÄller, ZPO, 25. Aufl 2005, Ä 115 RdNr 61; BGH [VersR 1981, 1070](#)). Da eine Verpflichtung zum Abschluss einer Rechtsschutzversicherung nicht besteht, kann die GewÄhrung von PKH hier auch nicht deshalb abgelehnt werden, weil der KlÄger sich fÄr eine Versicherung ohne Selbstbeteiligung hÄtte entscheiden kÄnnen (so zutreffend: Schleswig-Holsteinisches Landessozialgericht, Beschluss vom 27. Januar 2003 â [L 2 B 121/02 SB PKH](#) -, JurBÄro 2004, 146 f).

Ist eine Partei teilweise in der Lage, die Kosten des Rechtsstreits aus ihrem VermÄgen zu finanzieren, so ist ihr zwar grundsÄtzlich PKH fÄr den ganzen Streitgegenstand zu gewÄhren; gleichzeitig sind Zahlungen aus dem VermÄgen anzuordnen (Bork, in: Stein/Jonas, ZPO, 22. Aufl, Ä 121 RdNr 41). Dies hat im Hinblick auf die Besonderheit der Rechtsschutzversicherung mit Selbstbeteiligung bei einem nach [Ä 183](#) Sozialgerichtsgesetz kostenprivilegierten Beteiligten allerdings nicht zur Folge, dass einem KlÄger, der ausschlielich eine Äbernahme der Selbstbeteiligung durch die Staatskasse anstrebt, PKH nur gegen (Voraus-)Zahlung der voraussichtlichen Kosten abzÄglich der Selbstbeteiligung gewÄhrt werden kann. In einem derartigen Fall bezieht sich die PKH von vornherein ausschlielich auf die Bezahlung der Kosten des eigenen ProzessbevollmÄchtigten. BeschrÄnkt dieser den PKH-Antrag von vornherein auf die Selbstbeteiligung und macht damit deutlich, dass der KlÄger seinen VermÄgensbestandteil "Rechtsschutzversicherung" vorrangig zur Bestreitung der Prozesskosten einsetzt, so kann sich die GewÄhrung von PKH auf die Äbernahme der Anwaltskosten bis zur HÄhe der Selbstbeteiligung beschrÄnken. Die Einbeziehung der Leistungen der Rechtsschutzversicherung macht zugleich deutlich, dass in der Begrenzung des Antrags auf die Selbstbeteiligung kein womÄglich unzulÄssiger Verzicht auf Teile der anwaltlichen GebÄhren zu sehen ist.

Erstellt am: 07.08.2006

Zuletzt verÄndert am: 20.12.2024